

Antrag

der Abgeordneten **Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Arif Tasdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Schutz für von Gewalt betroffene Frauen sicherstellen: Notrufe und Fachberatungsstellen in der Pandemie unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder die Notrufe und Fachberatungsstellen in Bayern aus Mitteln zur Pandemiebekämpfung mit einer zusätzlichen Summe von 200,0 Tsd. Euro zur Finanzierung von Corona bedingten Anschaffungen zu unterstützen.

Begründung:

Die Notrufe und Fachberatungsstellen sind während der Corona-Pandemie besonders von Gewalt betroffenen Frauen um Hilfe angefragt worden. Sie bewältigen nach eigenen Aussagen seit Beginn der Pandemie ein bis zu 40 Prozent gestiegenes Beratungsaufkommen, müssen die wachsende Zahl an Onlineberatungen schultern und die Ausbildung zur Onlineberaterin selbst finanzieren. Einnahmen aus Fortbildungen und Präventionsveranstaltungen brechen fast vollständig weg. Eine große Nachfrage nach Unterstützung war in den Monaten nach dem ersten Lockdown zu verzeichnen. Die angespannte Situation in Familien, bedingt durch wegfallende Kontaktmöglichkeiten, Belastung des Homeschooling und fehlende Hilfsangebote für Kinder schlug sich in einem erhöhten Beratungsbedarf nieder. Ganz besondere Anforderungen stellten dabei auch von Gewalt Betroffene aus Asyl- und Notunterkünften und wohnungslose Frauen.

Beratungen wurden von den Einrichtungen aufgrund der Hygienevorschriften zum Teil auf Online-Angebote umgestellt. Voraussetzung war eine technische Ausstattung. Die Aufrechterhaltung von Präsenzberatung und Sicherung der Arbeitsbedingungen vor Ort mussten mit entsprechenden Vorkehrungen an die pandemiegerechten Bedingungen angepasst werden. Auch dies

verursachte Kosten für Masken, Selbsttests und für den Ausgleich zeitlicher Kapazitäten für professionelle Testung und Quarantänemaßnahmen.

Ein wichtiges Engagement ist auch der Bereich der Prävention. Hier sind Fortbildungen auf Online-Formate umgestellt und die große Nachfrage nach Präventionsveranstaltungen in Kindertagesstätten umgesetzt worden.

In den Haushaltberatungen für das Jahr 2021 blieben die Notrufe und Beratungsstellen bei einer zusätzlichen Förderung für Corona bedingte Anschaffungen außen vor. Für die Frauenhäuser wurde diese Aufstockung der Mittel mit zusätzlichen 200,0 Tsd. Euro umgesetzt. Eine entsprechende Förderung zum Ausgleich zusätzlich angefallener Kosten ist für die Notrufe und Fachberatungsstellen dringend erforderlich.

Die SPD-Fraktion wird der notwendigen Mittelbereitstellung aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie im Rahmen des Konsultationsverfahrens zwischen Staatsregierung und Landtag deshalb zustimmen.